

Wossische



Zeitung

Königlich privilegierte Wossische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Die Wossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal...

Bezugspreise: für Gross Berlin durch die Zeitungs-Expeditoren monatlich 2 M. 20 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung...

Im Verlage Wossischer Erben.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Straße 8/9, Berlin C.

Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Samstags) Dr. P. Schumann in Berlin.

Opferfreudigkeit des Fiskus?

Das im Meer der Gai. das ist auf dem Bande der Fiskus, sagt ein altes Sprichwort. So arg ist es nicht. Aber wenn man hört, daß der Fiskus bereit ist, vom Wessern der Gesamttheit finanzielle Opfer zu bringen...

Er ist schon nachgekommen. Die „Nord. Allg. Ztg.“ gibt in ihrer neuesten Nummer die Meldungen über die Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten in Potsdam...

„Mitin sind die Auseinandersetzungen, die wir dem angefahren Sinne nach gegeben haben, völlig gegenstandslos; denn ein Senken des Wertes könnte sich doch nur bei einem Verkauf als Bausmaterial eventuell bemerkbar machen.“

Das ist klar und deutlich, und die Freude hat also schnell ein Ende. Die Potsdamer Verfügung ist ein schönes Blatt Papier. Der Fiskus denkt nicht daran, sich seines Besitzes zu entäußern. Also ist auch von dessen Entwertung keine Rede. Der östliche Teil des Tempelhofer Feldes ist und bleibt lebendes und produktives Land. Weshalb er es bleibt, ist leicht zu verstehen. Die Regierung sieht Grund genug, in einer Großstadt wie Berlin eine starke Garnison zu unterhalten. Sie verlegt nicht einmal alle Kasernen aus dem Zentrum an die Reichsgränze oder in die Vororte. Die Truppen können zu ihren Wohnungen nicht erst weite Märsche machen; die östlichen Bestellungen bei Festlichkeiten vertragen ebenfalls keine weite Entfernung vom Mittelpunkt der Residenz; kurzum, die Militärverwaltung braucht das Tempelhofer Feld nun und in Zukunft für militärische Zwecke. Soweit sie einen Teil nicht dazu braucht, hat sie ihn verkauft, zu sehr hohem Preise. Keinem Regierungspräsidenten ist es vor dem Verkauf beigegeben, das Gelände in die Bauklasse F zu versetzen und dadurch eine niedrige Bebauung zu erzwängen. Der Fiskus hätte sich auch eine solche Entwertung seines Besitzes nicht gefallen lassen. Er hätte mit Leichtigkeit verstanden, dem Potsdamer Präsidenten das Handwerk zu legen.

Ein Privatmann, eine Gesellschaft, eine Gemeinde ist allerdings der Regierung gegenüber wehrlos. Ihnen gegenüber hat sie weite Machtvollkommenheit, die einschneidendsten Änderungen der Bauvorschriften vorzunehmen, ohne daß es dagegen wirksame Rechtsbehelfe gäbe. Auch die Stadt Berlin hat bei einem Teil ihrer Landbesitzungen diesen Nachteil mit sich zu erfahren müssen. Der Fiskus und zumal der Militärbezirk hat von der Macht des Regierungspräsidenten nichts zu befürchten. Denn wer ist der Regierungspräsident? Er untersteht dem Minister. Und wer glaubt, daß der Minister, daß das Staatsministerium, daß das Reichsamt, die alle ein Wort mitzusprechen hätten, sich in Schwärzen hüllen oder zu einem Verzicht von zweihundert Millionen zu und Amen lauten würden? Sie schweigen, wenn die Polizeiverordnung für den Fiskus keinerlei materielle Bedeutung hat. Sollte aber einmal wider Erwarten irgendein Stück des östlichen Tempelhofer Feldes für den Verkauf oder die Bebauung in Frage kommen, so unterliegt es keinem Zweifel, daß der Regierungspräsident, wie er die Verfügung erlassen, sie rechtzeitig aufzuheben Anlaß und Mittel und Wege findet.

Die Bereitwilligkeit des Fiskus, im Interesse einer zeitgemäßen Wohnungsreform Opfer zu bringen, ist bisher kaum beobachtet worden. Dagegen hat man auf Städtetagen oft genug bittere Klagen hören können, auch von freibürgerlichen Männern wie dem verstorbenen General Oberbürgermeister Zweigert, daß der Fiskus es in Preistreiberei mit jedem Bodenbesitzer aufnehmen könne. Sichtlich glaubt die Regierung dabei nur ihre Pflicht zu erfüllen. Aber es ist bedauerlich, daß sie von einer einseitigen Auffassung ihrer Pflicht ausgeht. Einst hat kein Mensch geglaubt, daß der Fiskus entweder die finanziellen Wälder um Berlin, die ein Lebensbedürfnis für die Bevölkerung sind, der Bebauung mehr und mehr übergeben oder, wenn und soweit sie damit anfangen soll, ein Entgelt von vielen Millionen fordern werde. Es werden immer noch dem Verband Groß Berlin für die Wälder, nicht einmal für deren Gesamtheit, 53 Millionen abverlangt, unter den lästigsten Bedingungen und Beschränkungen, unter der Vorbehalt des Rückkaufs ohne volle Zinszahlung. Hier hätte

der Fiskus eine Gelegenheit, seine Opferfreudigkeit zu beweisen. Und es sollte kaum als Opfer erscheinen, der Großstadt ihre Lungen zu gönnen und der Einwohnerheit die Wälder zu lassen, deren sie für ihre Gesundheit, für ihre Erholung und Kräftigung bedarf. Da werden Vereine über Vereine gegründet, um die Jugend zu erhöhter Wehrhaftigkeit zu „erzähnen“; Wanderzüge ziehen ins Freie; der Feldmarschall v. d. Golz hat den Landadmiralstabschef geschickt. Und da sollte nicht auch der Fiskus als seine Aufgabe betrachten, den Hunger des Volkes und namentlich des heranwachsenden Geschlechts nach frischer Luft zu stillen? Die Gemeinden wenden gewaltige Summen auf, um Wälder zu erwerben und zu schützen. Der Fiskus aber will die Hand von seinen Wäldern nur lassen, wenn sie ihn teuer abgekauft werden? Gutmehr 53 Millionen oder —? Wer sich dieser Forderung des Fiskus erinnert, mußte sich bei der Aufwindung, daß mit der Bebauung des östlichen Tempelhofer Feldes in die Bauklasse F der Bevölkerung ein Mietsgegenstand nicht werde, eigene Gedanken machen. Sie haben durch die gefällige Erklärung des Regierungspräsidenten bündige Bestätigung erfahren. Es ist nichts mit der Fiskus für eine zeitgemäße Wohnungsreform, nichts mit dem Geschenk an die Hauptstadt oder an die Bevölkerung Groß Berlins, nichts mit der Binnnahme von 200 Millionen Verlust. Nur die Erklärung bleibt übrig, daß der Fiskus an eine Veräußerung des Tempelhofer Feldes nicht denkt. Und das ist auch die Erklärung für die Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten von Potsdam, ist die getreulichste Erläuterung. Die Polizeiverordnung hat keine praktische Bedeutung.

Eine schillernde Eisenblase, die in nichts zerfällt.

Die Orientwirren.

Fortdauer des Albanesischen Aufstandes.

Wien, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Die „Alban. Korresp.“ meldet aus Skutari: Jeden Tag treffen hier Flüchtlinge aus dem Aufstandgebiet ein. Man schätzt die Zahl der Flüchtlinge auf 40 000. Nach ihren Angaben finden im Aufstandgebiet zwischen Dibra und Pristina noch immer Kämpfe statt. Die Serben haben im Drinal nicht weniger als 16 albanesische und bulgarische Dörfer verbrannt.

37a Bosjetinak nicht in Gefangenschaft.

Belgrad, 10. Oktober. (Serbisches Pressebüro.) Die in der ausländischen Presse verbreitete (von uns allseitig angezweifelte. Red.) Nachricht, daß 37a Bosjetinak von den serbischen Truppen gefangen genommen worden sei, ist vollkommen falsch.

Die Türkei und Bulgarien.

Konstantinopel, 10. Oktober. Der bulgarische Delegierte Ralkschewitsch ist abgereist, General Sawow wird noch einige Tage hier bleiben.

Die Kriegsgefangenen.

Sofia, 10. Oktober. Die Worte hat den früheren Kommandanten von Arbanopol, Schürki Pascha, der in Sofia noch als Kriegsgefangener weilt, beauftragt, aus Kriegsgefangenen türkischen Offizieren Kommissionen zu bilden, welche die in Burgas und Warna internierten Kriegsgefangenen in Empfang nehmen sollen. Der bulgarische Kriegsminister hat dieser Verfügung zugestimmt.

Zweifelhafte Äußerungen des serbischen Ministerpräsidenten.

Belgrad, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Ministerpräsident Balditch sprach gestern im atonalen Klub über die auswärtige Lage. Seine Auffassung lang optimistisch. Der türkisch-arabischen Streit, sagte er, sei nicht mehr gefährlich, die Zwickfrage sei abgeschwächt, die Balkanfrage sei rein finanzieller Natur, und die Unterarten lagte idöbar. Serbisch-Bulgarisch zu Bulgarien werde sich bald lösen. Die albanesische Frage werde im Einverständnis mit den Mächten gelöst werden. Die Grenzstreitigkeiten mit Montenegro und Griechenland seien belanglos und leicht zu beheben.

Ein deutscher Postfachmann für Serbien.

Belgrad, 10. Oktober. In Verantwortung einer Interpellation erklärte der Minister des Auswärtigen in der Sitzung, daß die Regierung ihre ganze Aufmerksamkeit der Frage der Organisation des Postwesens, besonders in den neu erworbenen Gebieten, zuwendet und deshalb an die deutsche Regierung das Ersuchen gerichtet habe, einen höheren Postbeamten nach Serbien zu senden, der das serbische Postwesen eingehend zu studieren und der serbischen Regierung geeignete Vorschläge zu unterbreiten hätte.

Die neue bulgarisch-griechische Grenze.

Saloniki, 10. Oktober. Die griechisch-bulgarische Militärkommission zur Abklärung der bulgarisch-griechischen Demarkationslinie hat ihre Arbeiten ohne Zwischenfall beendet und ist hierher zurückgekehrt. Alle Streitfragen hinsichtlich der Abgrenzung sind in beiderseitigem Einverständnis gelöst worden.

Fürst Katsura †.

Tokio, 10. Oktober. (Abstr.) Fürst Katsura ist heute gestorben.

Von den namhaftesten Wertmeistern, die durch Umgestaltung des inneren Staatswesens den Aufstieg Japans in die Reihe der Großmächte vorbereitet haben, sind nicht viele mehr am Leben. Aber in einer von ihnen dahingegangenen Fürst Taro Katsura ist gestorben. Im Jahre 1848 geboren, beteiligte er sich schon als 18-jähriger Jüngling an den erfolglosen Kämpfen der Japaner gegen die vereinigten Flotte der Engländer, Franzosen und Amerikaner. Erste Kämpfe waren das letzte Aufblühen des alten Japans. 1853 hatten die Amerikaner mit ihrer Flotte unter Perry die erste Breche in die Politik der Abschließung Japans gegen die Fremden gelegt. Verträge mit verschiedenen Staaten, wodurch von Rechts wegen den Fremden das Land geöffnet wurde, waren die Folge davon. Aber die Bevölkerung leistete Widerstand, und Bluttaten gegen Fremde waren an der Tagesordnung. Die englisch-französisch-amerikanische Entschlossenheit machte diesen Zuständen ein Ende. Die Japaner unterlagen den modernen Kriegsmächten. Von da ab dämmerte der leidenschaftliche Drang der Japaner, sich die fremden Methoden und Hilfsmittel der Kriegsführung anzueignen und es überhaupt auf allen Gebieten den Fremden gleichzutun. Jedermann weiß, mit welcher großen Energie sie dieses Ziel verfolgt und welche ungeheuren Fortschritte sie seitdem zu verzeichnen haben.

Einer der ersten, die sich der neuen Richtung zuwandten, war Taro Katsura, damals noch ein einfacher Angehöriger der japanischen Kriegsmarine. Als Zweijahreswärtiger trifft er, während der deutsch-französischen Krieg im Gange war, im September 1870 in Berlin ein, wo er drei Jahre lang Kriegswissenschaft studiert. Er übernimmt sodann 1875 den Posten des japanischen Militärattachés in Berlin, bleibt in dieser Eigenschaft weitere drei Jahre hier und kehrt hierauf in die Heimat zurück, wo er zunächst in die Verwaltung eintritt. Bald aber tut er wieder als Frontoffizier und im Kriegsministerium Dienst und gerät mit dem japanisch-sibirischen Kriege wiederholt aus. Als Belohnung dafür wird er zum Gouverneur der in diesem Krieg von Japan erworbenen Insel Formosa ernannt. Im Januar 1898 wird er Kriegsminister und im Juni 1901, als Nachfolger des Marquis Ito, zum ersten Male Ministerpräsident.

Kaum drei Viertel Jahre nach seinem Amtsantritt zurückgekehrte Katsura den berühmten Bündnisvertrag mit England. Es war der höchste Triumph, den Japan bis dahin erlebt hatte. Der asiatische Staat war der politische Partner der größten Seemacht der Welt geworden. Dem Ministerpräsidenten Katsura brachte die Unterzeichnung dieses Dokument den Grafenstitel ein. Wöhin die Spitze des neuen Bündnisses gerichtet war, wußte jedermann. Japan wollte sich nicht nur politisch den Mächten anschließen, sondern auch mit Ausland über die ökonomischen Verhältnisse in Einklang stehen wollen. Fürst Ito hatte, ehe er sich als Abgeordneter Japans nach London wandte, in Petersburg angeknüpft, aber dort keine Gelegenheiten gefunden. Der Abschied des Bündnisses mit England war dies nicht mißzuverstehende Weiterleitung, das die kommenden Stürme anzog. Das Jahr 1903 verlief in Japan wegen des unausgesetzten Vorwärtsschreitens der Russen in der Mandschurei sowie wegen der koreanischen Unruhen äußerst unruhig. Die Ereignisse, die sich gegen Ende des Jahres zum Kriegseifer steigerten. Der Anfang des Jahres 1904 brachte den Krieg, der erst im August 1905 durch den Frieden von Portsmouth seinen Abschluß fand. Den Stürmen, die die Unzufriedenheit mit den Friedensbedingungen in der Bevölkerung erregte, vernichtete das Kabinett Katsura nach Sanzanghsten, im Januar 1906 aber machte es einen Ministerium Katonji Platz. Von da an lösen sich einige Male die beiden Kabinette im Umwech. Am 20. Juli 1908 ist wieder Katsura an der Spitze. Er führt die Annexion Koreas durch (1910) und erhält ein Jahr darauf den Fürstentitel. Im August 1911 erscheint von neuem Katonji auf der Oberfläche. Während dessen Regierung wird Katsura vom Kaiser zum Großfeldwebler und Großkammerer bestellt. Allgemein wird darauf geschlossen, daß Katsura sich in die hohe Poststellung zurückzieht, um nicht bei der allzu innigen politischen Vertriebe einzugreifen. Allein nach dem Rücktritt Katonjis im Dezember 1912 übernimmt er doch noch einmal die Kabinettsleitung. Er bleibt Chef der Regierung bis Mitte Februar des Jahres 1913. Sein Nachfolger wird Admiral Yamamoto, der in diesem Augenblick noch im Amte ist.

Fürst Katsura hatte in früheren Jahren mit dem Schwert in der Hand auf den Schlachtfeldern gekämpft. Ihnen folgten Jahre schwierigerer Kämpfe. Für Katsura stand die Ausgestaltung der japanischen Wehrmacht an erster Stelle. Aber die verzwieselten Finanznöte Japans waren nicht in Einklang zu bringen mit den gewaltigen Anforderungen für Heer und Marine. An der Aufgabe, hierin einen Ausgleich zu finden, schickerte Katsura nicht minder wie Katonji. Die innere Politik Japans von dem Augenblicke an, wo Katsura zum ersten Male die Leitung übernahm, bis zum heutigen Tage ist ausgefüllt mit Experimenten zur Beherrschung dieses Uebel. Katsura hatte eine wahre Virtuosität in der Ent-